

Wie die Europäische Union afrikanische Staaten beim Demokratieaufbau unterstützt



Die Rhein-Zeitung lädt Europa-Abgeordnete aus ihrem Verbreitungsgebiet regelmäßig ein, in einem „Brief aus Brüssel“ Einblick in ihren politischen Alltag zu gewähren. Im Januar 2019 schreibt Norbert Neuser (SPD):

Die letzten Arbeitstage und die letzte Sitzungswoche 2018 in Straßburg standen leider im Zeichen des Terroranschlags in Straßburg. Am Tag des Anschlags hatte ich eine Besuchergruppe aus dem Rhein-Hunsrück-Kreis in Straßburg zu Gast. Meine Besuchergruppe war wenige Stunden vor dem Terroranschlag in der Straßburger Innenstadt und auf dem Weihnachtsmarkt. Die Betroffenheit war groß. Der brutale Anschlag hat uns noch einmal die terroristische Bedrohung deutlich gemacht und unterstrichen, wie wichtig eine enge grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Europa ist. Das Europaparlament genehmigte in der letzten Sitzungswoche den Haushalt für 2019. Für mich wichtig: Zusätzliches Geld gibt es für das Jugendaustauschprogramm Erasmus plus, die Jugendbeschäftigungsinitiative zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und die Forschungsförderung. Auch die Zuschüsse für die Entwicklungszusammenarbeit zur Bekämpfung der Fluchtursachen werden deutlich angehoben. Das Parlament hat auch dem Wirtschaftsabkommen zwischen der EU und Japan mit großer Mehrheit zugestimmt. Dieses Abkommen ist für mich deshalb von großer Bedeutung, weil Japan ein wichtiger Verbündeter der EU in vielen Fragen der internationalen Politik ist. Es ist auch ein starkes Signal gegen Trumps willkürliche und egoistische Handelspolitik. Bei der Umsetzung des Handelsabkommens müssen aber die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer noch vor der Ratifizierung verlässlich abgesichert werden. Mit weiteren Abgeordneten aus dem Entwicklungsausschuss habe ich das westafrikanische Gambia und den Niger besucht. Beide Länder spielen bei der Rückkehr und der Reintegration von Flüchtlingen eine bedeutende Rolle. Die EU unterstützt beide Regierungen beim Demokratieaufbau und hilft mit Programmen und Ausbildungsmaßnahmen, die jungen Menschen davon zu überzeugen, in ihrer Heimat eine Perspektive zu sehen und sich nicht auf den Weg nach Europa zu machen. Bedrückend waren die Augenzeugenberichte von gescheiterten Flüchtlingen aus libyschen Gefängnissen, die uns über Folter, Erpressung und sexuellen Missbrauch informierten. Mit dem Jahreswechsel 2018/2019 gibt Österreich die Ratspräsidentschaft an Rumänien ab. Leider konnte die rechtskonservative österreichische Regierung die an sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllen. Der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz wollte Brückenbauer in Europa sein, die Grenzsicherung verbessern und die zerstrittene Migrationspolitik in der EU bewältigen. Mit seinem Anbiederungskurs gegenüber der ungarischen und der italienischen Regierung konnte kein Fortschritt bei der gerechten Verteilung der Flüchtlinge in der EU erreicht werden. Auch beim UN-Migrationspakt scherte Österreich aus der einheitlichen EU-Linie aus, obwohl man den Migrationspakt in New York mitverhandelt hatte. Mit großer Sorge sehe ich die Übernahme der Ratspräsidentschaft durch Rumänien, müssen doch in der ersten Jahreshälfte 2019 der Brexit abgehandelt und die Europawahlen durchgeführt werden. Die sich sozialdemokratisch nennende Regierung zeichnet sich bislang durch Intransparenz, Korruption und Inkompetenz aus. Hier muss die EU wie im Fall von Ungarn und Polen auf die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien drängen.

Norbert Neuser (SPD) aus Boppard gehört dem EU-Parlament seit 2009 an und ist Mitglied im entwicklungspolitischen Ausschuss.